

Medienkonferenz: Lancierung der Vollgeld-Initiative, Medienzentrum Bern, Dienstag 3.6.2014

Vollgeld-Initiative aus ökonomischer Sicht

Dr. oec. Reinhold Harringer, Mitglied des Initiativkomitees

Meine Damen und Herren

Einen kurzen Überblick über die Absichten und Ziele unserer Initiative haben Sie von Prof. em. Mastronardi bereits erhalten. Ich möchte diese Überlegungen aus ökonomischer Sicht noch ergänzen und auch auf die Diskussion eingehen, die im Vorfeld unserer Initiative erfreulicherweise bereits begonnen haben.

Unsere Initiative ist ein komplexes Vorhaben – das ist uns bewusst. Dennoch lassen sich die Ziele und Absichten der Initiative in wenigen Punkten zusammenfassen. Im Grunde geht es darum, die Geldschöpfung und auch den Prozess der Kreditgewährung so zu gestalten, wie die meisten Leute denken, dass sie funktionieren. Denn die meisten Leute meinen, das Geld komme von der Nationalbank und die meisten Leute denken auch, dass das Geld auf den Bankkonten nur Ihnen gehört. Und die meisten Leute denken auch, dass Banken nur Geld zwischen Sparern und Investoren vermitteln und deshalb als Basis Spareinlagen benötigen. Doch das ist, wie aufgeklärte Menschen wissen, nicht die Realität. Aber genau diesen Zustand, dass es so wird, wie die Leute meinen es sei, wollen wir mit der Initiative erreichen.

Was will die Initiative?

a) Wir wollen, dass in Zukunft nur noch die Nationalbank unser Geld herstellen kann. Damit wird auch das Buchgeld auf den Bankkonten zu einem vollwertigen und gesetzlichen Zahlungsmittel und damit auch erstmals vollständig sicher. Denn im heutigen System beruht die relative Sicherheit unseres Geldes immer noch auf zwei Notbehelfen, nämlich auf der gesetzlich vorgeschriebenen Einlagensicherung, welche allerdings mit maximal 6 Milliarden absolut ungenügend ist und den zwar informellen, aber doch wirksamen Staatsgarantien für die Banken. Mit dem Vollgeld werden die Sichtguthaben bei den Banken erstmals aus sich selbst heraus völlig sicher.

b) Wir wollen, dass die Banken weiterhin die zentrale Rolle bei der Kreditvermittlung spielen; wir wollen die Banken keineswegs verstaatlichen. Aber wir sind dagegen, dass die Banken mit der Kreditgewährung gleichzeitig Geldschöpfung betreiben. Die Folgen dieses Vorganges sind zwar nicht offensichtlich, aber dennoch sehr gefährlich. Das wird aus dem Zitat von Maurice Allais, einem Nobelpreisträger der Ökonomie, sehr deutlich:

«Der Kreditmechanismus, so wie er gegenwärtig funktioniert, basiert auf einer Teildeckung der Depositen, der Schaffung von Geld ex nihilo sowie der langfristigen Vergabe von kurzfristig geliehenen Geldern ... In der Tat resultieren alle grossen Krisen des 19. und 20. Jahrhunderts aus einer exzessiven Kreditausweitung, aus Schuldscheinen und ihrer Monetisierung sowie aus der Spekulation, die diese Expansion anfeuerte und möglich machte.»
(Zitat aus Jesus Huerta de Soto, *Geld, Bankkredit und Konjunkturzyklen*, Stuttgart 2011, S. 509)

c) Wir wollen auch, dass der Gewinn aus der Geldschöpfung vollständig und direkt der Allgemeinheit zugute kommt. Diese zu erwartenden Gewinne sind nicht unser primäres Ziel, aber sie sind eine erfreuliche Folgewirkung unserer Initiative. Die Gewinne aus der Geld-

schöpfung werden es erlauben, die Steuerzahler etwas zu entlasten, Staatsschulden abzubauen oder die Sozialwerke zu unterstützen. Die zu erwartenden Grössenordnungen hängen von verschiedenen Rahmenbedingungen ab. Sie bewegen sich aber auf jeden Fall in Milliardenhöhe. Wir können dazu keine kommagenaue Prognosen vorlegen, aber immerhin belegbare Modellrechnungen. Wir lassen auch bewusst offen, wofür diese Mittel verwendet werden sollen. Aber aus unseren Augen ist es eine Selbstverständlichkeit, dass diese Gewinne der Allgemeinheit gehören sollen.

d) Schliesslich wollen wir eine Diskussion über die Rolle des Geldes in Gang bringen. Die eingangs erwähnte Situation, dass die meisten Leute ein falsches Bild von unserem Geld- und Bankenwesen haben, ist gefährlich und undemokratisch. Ob das Volk über diese Zusammenhänge bewusst im Unklaren gelassen wurde oder ob das historisch einfach so gewachsen ist, wollen wir an dieser Stelle offen lassen. Aber so kann es nicht weiter gehen. Die anhaltende und noch nicht ausgestandene Finanzkrise zeigt, dass hier noch viel Arbeit zu leisten ist. In diesem Sinne wollen wir einen Beitrag zu einem besseren Verständnis unseres Geldsystems leisten. Ganz im Sinne und in der Richtung der Vorschläge des Nobelpreisträgers James M. Buchanan:

“Geld ist kein Gut im gewöhnlichen Sinne, wie Adam Smith vor langer Zeit seine Leser zu überzeugen suchte. Geld ist anders, da es keinen realen Wert hat.

Das eigentliche Problem ist die Vervielfältigung der Geldmenge durch das teilgedeckte Bankensystem ...

Wir brauchen – ähnlich unserem unabhängigen Rechtssystem mit einem Verfassungsgericht – eine Geldautorität, die von der Politik unabhängig ist, jedoch selbst durch die Verfassung entworfenen Parameter gebunden ist ...”

(Zitat aus Bagus/Schwarz (Hrsg.), Die Entstaatlichung des Geldes, Zürich 2014, S. 64)

Was erwarten wir von einer Vollgeld- Reform.

Unsere Initiative wird oft fehlinterpretiert. Das hängt auch damit zusammen, dass sie in viele Bereiche der Gesellschaft ausstrahlen wird. Aber damit ist selbstverständlich nicht gemeint, dass eine Vollgeldreform alle Probleme lösen würde - aber für viele aktuelle Fragen ist sie die Voraussetzung für bessere Lösungen.

Die Auswirkungen eines Vollgeldsystems (bzw. seines Vorläufers 100%-money) wurden in einer Studie des IMF untersucht und diese kam zu sehr positiven Schlussfolgerungen:

The Chicago Plan Revisited; Jaromir Benes und Michael Kumhof / IMF Working Paper / August 2012

1. Wesentlich bessere Kontrolle von konjunkturellen Schwankungen, nämlich der schnellen Aufblähung und Kontraktion von Bankkrediten und des von Banken geschaffenen Geldes.
2. Vollständige Beseitigung der Gefahr von Bank Runs
3. Dramatische Reduktion der öffentlichen (Netto-) Schulden
4. Dramatische Reduktion der privaten Verschuldung, da die Geldschöpfung nicht mehr mit dem Eingehen einer Schuldverpflichtung verbunden ist.
5. Stabiler Geldwert, keine Liquiditätsfalle

Zu jedem dieser Punkte könnte man sehr viele Ausführungen machen. Es sind für die Entwicklung einer Wirtschaft und einer Gesellschaft offensichtlich sehr wichtige Themen, die sich alle auf die Menschen direkt oder indirekt auswirken.

Es geht um die Sicherheit des Finanzsystems, um die Arbeitsplätze in der Finanz- und in der Realwirtschaft, um einen stabilen Geldwert und um Verteilungsgerechtigkeit innerhalb eines Landes. Es geht um sehr viel und in all diesen Bereichen hätte eine Vollgeldreform positive Auswirkungen. Von daher überrascht es, dass die meisten Kritiker der Vollgeldidee bisher nur auf Nebenaspekte eingegangen sind und die grossen Chancen dieser Neuordnung noch nicht zur Kenntnis genommen haben - oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Wie kommt neues Geld in Umlauf

Die Initiative sieht drei Wege vor, wie neues Geld in Umlauf gelangen soll:

- a) Im Grundmodell wird empfohlen neues Geld schuldfrei, d.h. ohne Zins- und ohne Rückzahlungsverpflichtung dem Bund und/oder den Kantonen zukommen zu lassen. Dieser neue Einnahmenposten des Bundes oder der Kantone hat nichts mit den bisherigen Gewinnausschüttungen der Nationalbank zu tun. Wichtig ist, dass diese Beträge nicht von den Wünschen der Finanzpolitik bestimmt werden, sondern von der Nationalbank, die damit (wie ja bereits heute) primär geldpolitische Ziele zu verfolgen hat.
- b) Als Variante wäre auch denkbar, dass die Grundversorgung der Wirtschaft mit neuem Geld über eine direkte Verteilung an die Bevölkerung erfolgt. Das ist vielleicht gewöhnungsbedürftig, aber es wäre nichts Neues in der Geschichte und wird heute in ähnlicher Form bei der CO₂-Abgabe bereits praktiziert. Damit würde der Geldschöpfungsgewinn direkt beim Bürger anfallen.
- c) Als dritte Variante – und diese ist besonders für die Feinsteuern und auch für eine allfällige Reduktion der Geldmenge von grosser Bedeutung – hat die Nationalbank die Möglichkeit, den Banken weiterhin Darlehen zu gewähren. Hier können die gleichen Instrumente wie bisher eingesetzt werden und mit den Zinsbedingungen kann die Nationalbank diesen Prozess auch fein steuern. Ausserdem bleibt die Nationalbank auf diese Weise immer sehr eng in Kontakt mit der Wirtschaft und erhält so auch die notwendigen Informationen über die Bedürfnisse der Märkte.

Praktische Umsetzung/ Ausland

Immer wenn eine neue Idee in die Diskussion gebracht wird, kommen natürlich schnell Fragen zur Umsetzbarkeit auf. Die Initiative beschränkt sich bewusst auf die grundlegenden Fragen und gibt die Richtung vor. Vieles bleibt dem Gesetzgeber überlassen. Aber dennoch lassen sich einige Punkte schon heute festhalten:

- a) Für den normalen Bankkunden ändert sich nicht viel. Selbst seine Kontennummer wird er vermutlich behalten können. Sein Geld wird neu von der Bank aber nur noch treuhänderisch und ausserhalb der Bankbilanz verwaltet und die Bank kann das Geld auf diesen Konten nicht mehr für Kredite ausleihen. Auf diesen Zahlungsverkehrskonten werden wohl – so wie das heute in den meisten Fällen ja auch schon geschieht – Gebühren belastet.

Wenn der Bankkunde einen Zins haben möchte, so kann er sein Geld der Bank auf einem Spar- oder Anlagekonto oder unter welchem Titel auch immer anlegen. Diese Mittel kann die Bank dann für ihre Geschäfte - insbesondere für die Kreditvergabe - verwenden.

b) Grössere Änderungen werden sich jedoch im Verhältnis zwischen Zentralbank und Banken ergeben und auch im Zahlungsverkehr werden Anpassungen notwendig sein. Aber das sind technische Fragen, die alle lösbar sind und deren Kosten man den grossen gesamtwirtschaftlichen Gewinnen aus einer Vollgeldreform gegenüber stellen muss.

c) Selbstverständlich stellt sich auch die Frage, ob es möglich ist, dass die Schweiz in einer international so stark verflochtenen Welt einen Alleingang machen könnte? Welche Probleme könnten dabei entstehen?

Grundsätzlich ist es dem Ausland gleichgültig, wie die Schweiz ihre Franken herstellt bzw. wodurch der Schweizer Franken gedeckt wird. Entscheidend ist, dass auch das Ausland darauf vertrauen kann, dass die Nationalbank eine „gesunde Geldpolitik“ betreibt, d.h. eine Geldmengenspolitik die im Wesentlichen auf einen stabilen Geldwert ausgerichtet ist.

Ein Problem könnte allenfalls in einem erneuten Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken bestehen, denn wenn das Ausland und die Finanzmärkte erkennen, dass der Schweizer Franken noch sicherer wird, könnte die Nachfrage nach Schweizer Franken erneut ansteigen. Das ist ein mögliches Szenario – aber es ist nichts Neues im Lande und auch ein anderes Ereignis, wie z.B. eine erneute Eurokrise, könnte den gleichen Zustrom bewirken. Die Nationalbank kennt diese Problematik und hat die Möglichkeiten, darauf zu reagieren.

Es ist zu erwarten, dass die internationalen Finanzmärkte genau hinschauen, was die Nationalbank tut; aber wir sind überzeugt, dass mit einer guten Kommunikation die negativen Effekte sich in engen Grenzen halten werden; denn die Einführung des Vollgeldes braucht eine längere Vorlaufzeit und die Märkte können sich darauf einstellen.

Diskussion um die Vollgeld-Initiative

Es ist erfreulich, dass die Diskussion über unsere Initiative schon begonnen hat. Avenir Suisse und einzelne Ökonomen haben sich dazu in den letzten Monaten bereits geäussert. Auch wenn sich diese Autoren skeptisch bis ablehnend zu unseren Ideen gestellt haben, so ist doch interessant, dass sie unseren wichtigsten Punkt, nämlich die Kritik am fraktionales Reservesystem, teilen. Uns scheint, dass die meisten vorgetragenen Argumente gegen das Vollgeld entweder auf Missverständnissen beruhen oder eher untergeordnete oder technische Aspekte betreffen. Darauf kann ich an dieser Stelle nicht im Einzelnen eingehen, aber ausführliche Stellungnahmen, zum Beispiel zur Studie von Avenir Suisse, finden sie auf unserer Homepage.

Zu einigen Punkten der Kritik möchte ich aber an dieser Stelle bereits etwas sagen:

a) Die heutige Form der Herstellung des Geldes wird – z.B. von Avenir Suisse - als Ausdruck der Vertragsfreiheit verstanden. Zitat: „Wenn Geschäftsbanken durch die Vergabe von Krediten an ihre Kunden Geld schöpfen, ist dies kein Privileg, sondern Ausfluss der

allgemeinen Vertragsfreiheit Niemand muss für eine in Schweizerfranken denominierte Forderung gegen seinen Willen eine Banküberweisung annehmen ...“ Diese Vorstellung ist juristisch vielleicht korrekt – aber völlig weltfremd und geht an der Realität vorbei. Im heutigen Wirtschaftsleben sind wir alle auf die Verwendung von Buchgeld angewiesen.

Die Banken und auch der Staat, der ja auch will, dass wir unsere Steuern bargeldlos, d.h. nicht mit einem gesetzlichen Zahlungsmittel bezahlen, haben in den letzten Jahren alles dafür getan, dass das Bargeld immer mehr durch das Buchgeld verdrängt wird. Diese Situation, dass das meiste umlaufende Geld gar kein gesetzliches Zahlungsmittel ist, wird immer absurder und ist u.E. unhaltbar.

Und die Entwicklung geht weiter: Immer mehr werden neue Zahlungsmittel ins Spiel gebracht: Stichworte dazu sind Bitcoins und E-Geld. Diese Gelder könnten auch von grossen (nationalen oder internationalen) Firmen in Umlauf gebracht werden und es ist offensichtlich, dass hier ein Regelungsbedarf besteht, um die Geldmengenkontrolle zu gewährleisten.

In Art. 99 Absatz 3 haben wir dieses Thema aufgenommen und uns ausdrücklich dafür ausgesprochen, dass andere Zahlungsmittel zugelassen sein sollen, aber nur solange das mit dem gesetzlichen Auftrag der Nationalbank vereinbart werden kann.

b) Ein grundsätzlicher Einwand geht in die Richtung, dass die Nationalbank in einem Vollgeldsystem zuviel Macht erhalte und die Nationalbank gar nicht über die notwendigen Marktkenntnisse verfüge um die „richtige“ Geldmenge zu bestimmen. Dazu ist folgendes zu bemerken.

Zunächst zur Macht der Nationalbank: Heute liegt die Macht zur Geldschöpfung bei den Banken. Diese verfolgen dabei aber ihr Eigeninteresse, das ist für eine Privatunternehmung normal und nicht zu kritisieren. Aber die Steuerung der Geldmenge und die damit verbundenen Ziele sind von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung und das kann man nicht dem profitorientierten Bankensystem überlassen. Es ist für uns selbstverständlich, dass die Nationalbank unabhängig und allein ihrem gesetzlichen Auftrag verpflichtet sein sollte. Über die Formulierung dieses Auftrages in einem Gesetz und die Wahl der Verantwortungsträger kann die Politik Einfluss auf die Nationalbank nehmen – aber die Geldpolitik ist nachher allein Sache der Nationalbank.

Stichwort Marktkenntnisse der Nationalbank: Die Initiative sieht verschiedene Wege vor, das neue Geld in Umlauf zu bringen. Eine davon ist die Gewährung von Darlehen an die Banken. Das heisst die Banken melden ihren Bedarf, den sie nicht über eigene Mittel, Investoren oder Spargelder finanzieren können, bei der Nationalbank. Diese stellt zusätzliches Geld als Darlehen zur Verfügung und kann über die Festlegung der Darlehenshöhe bzw. der Zinsen die Nachfrage fein und mit ihren bisherigen Instrumenten steuern. Das heisst, das Wissen der Banken über den Markt kann auch auf diesem Weg – ganz abgesehen von statistischen Erhebungen – in die Aktivitäten der Nationalbank einfließen.

c) Ein dritter zentraler Einwand geht dahin, dass man auf dem bisherigen Weg weitermachen soll: Mehr Regulierungen, insbesondere mehr Eigenkapital ist hier der zentrale Vorschlag. Selbstverständlich unterstützen wir auch die Bestrebungen, dass die Banken mehr Eigenkapital haben sollten. Aber wenn man diese Diskussion verfolgt, so sieht man, wie kompliziert und umstritten das Ganze ist. Es wird bereits als toller Erfolg gefeiert, wenn

unsere beiden Grossbanken ein hartes Eigenkapital von 4 – 6 Prozent anstreben. Doch es gibt ernstzunehmende Stimmen, die für das harte Eigenkapital einen Prozentsatz von etwa 30 Prozent fordern. Von einer Lösung sind wir also noch sehr weit weg. Es kommt hinzu, dass gerade in einer Bank die Liquidität das zentrale Thema ist, und das wird mit einer Eigenkapitalquote nicht gelöst. Auch die amerikanische Bank Lehman Brother hatte Tage vor ihrem Untergang mehr Eigenkapital als gesetzlich verlangt - es hat nichts geholfen, die Bank ging Konkurs.

Natürlich kann man auf dem bisherigen Weg weitergehen und versuchen, die Symptome zu bekämpfen und die Folgeschäden zu begrenzen. Aber wir bezweifeln, dass dieser Weg einfacher und zielführender ist als eine Vollgeldreform.

Schlussfolgerungen

Mit der Vollgeld-Initiative wollen wir das Wirtschaftssystem nicht „umkrepeln“, wie die NZZ anfangs Jahr geschrieben hat. Die Vollgeld-Initiative ist ein logischer Schritt: Nachdem vor über 100 Jahren die Nationalbank das Monopol für den Druck von Banknoten erhalten hat, ist es an der Zeit, dieses Monopol auf das elektronische Geld auszuweiten. Wohl niemand in der Schweiz möchte, dass einzelne Kantone oder Banken eigene Banknoten ausgeben – weshalb soll das beim elektronischen Geld anders sein?

Das elektronische Geld ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer wichtiger geworden. Es ist daher logisch, wenn die Verantwortung auch für dieses Geld der Nationalbank übertragen wird. Denn wenn der Bund auch im elektronischen Zeitalter für das Geldwesen zuständig sein soll, so wie es die Verfassung vorschreibt, kann er nicht weiter dulden, dass an seiner Stelle private Banken dieses Geld herstellen.

*«Printing counterfeit banknotes is illegal, but creating private money it not.
The interdependence between the state and the businesses that can do this,
is the source of much of the instability of our economies.
It could – and should - be terminated.»*

Martin Wolf in: Financial Times 24.4.2014

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.